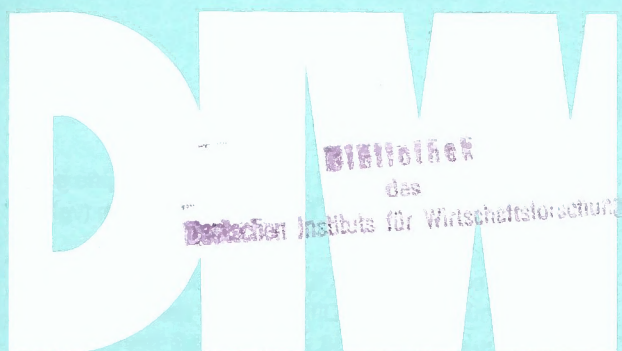




DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 45 / 90

Berlin

8. November 1990

2. Ex.

57. Jahrgang

Bildungswesen in Ostdeutschland im Übergang

Im vereinten Deutschland befindet sich das Bildungswesen der ehemaligen DDR in der Umgestaltung von einem zentralstaatlichen in ein föderatives System. Zwar gab es in den beiden ehemaligen Teilstaaten gemeinsame Strukturmerkmale wie das Abitur, die „duale“ Berufsausbildung und ein differenziertes Hochschulwesen, doch die Divergenzen als Resultat verschiedener politischer und gesellschaftlicher Leitbilder sind groß.

Im dezentralen Bildungssystem Westdeutschlands haben die Länder überwiegend die Entscheidungsgewalt, so im Schulwesen und in wesentlichen Teilen des Hochschulbereichs. Der Bund hat die Gesetzgebungskompetenz bei der betrieblichen Berufsausbildung, der Ausbildungs- und Forschungsförderung sowie dem Hochschulrahmenrecht. Somit werden die öffentlichen Bildungsausgaben überwiegend von den Bundesländern getätigt. Ausnahmen sind die Gemeinschaftsaufgaben des Hochschulbaus und der Bildungsplanung. Ferner gewährt der Bund Finanzhilfen, und einen Teil der Kosten tragen auch die Gemeinden.

In der DDR war das Bildungswesen einheitlich und zentralstaatlich organisiert, die Verfügungsgewalt und die Finanzierung lagen bei der Zentralregierung. Die Bildungsplanung war auf gesetzlicher Grundlage mit der Volkswirtschaftsplanung verzahnt, Bildungs- und Beschäftigungssystem wurden aufeinander abgestimmt. Es gab eine Berufslenkung und rigide, politisch vorgegebene Zugangsbeschränkungen für weiterführende Schulen und Hochschulen.

Den zentralstaatlichen Entscheidungsstrukturen entsprach der vergleichsweise straffe Aufbau des Bildungssystems. So stehen sechs Schularten in der ehemaligen DDR den fünfzehn in der Bundesrepublik gegenüber. Besonders ausgeprägt ist der Unterschied mit zwei zu sieben bei den beruflichen Schularten. Bei den allgemeinbildenden Schulen gibt es in Ostdeutschland ein eingliedriges Schulsystem mit den polytechnischen Oberschulen und den erweiterten Oberschulen.

**Verteilung der Schüler und Studenten
auf die Schul- und Hochschularten,
Bildungsbeteiligung**

Im Jahre 1988 befanden sich in der Bundesrepublik von den rund 10,6 Mill. Schülern und Studenten 62,6 vH an allgemeinbildenden Schulen, 23,6 vH an beruflichen

Schulen und 13,8 vH an Hochschulen. Dagegen waren in der DDR von den rund 2,6 Mill. Schülern und Studenten weit mehr (78,5 vH) an allgemeinbildenden Schulen, weniger an beruflichen Schulen (17,2 vH), und nur 4,3 vH besuchten die Hochschulen. In den Strukturen kommen Unterschiede in den Bildungsgängen, den Zugangsvoraussetzungen und der Ausbildungsdauer zum Ausdruck.

Auch demographische Einflüsse spielen eine Rolle (vgl. Tabelle 1)¹.

1987 wirkte sich in der Bundesrepublik der seit Mitte der sechziger Jahre zu beobachtende Geburtenrückgang nahezu voll an den allgemeinbildenden Schulen aus, während die geburtenstarken Jahrgänge noch zahlreich die beruflichen Schulen und Hochschulen besuchten. In Ostdeutschland fallen die starken Jahrgänge inzwischen auch in die Altersgruppe der Zwanzig- bis Dreißigjährigen, haben aber — anders als in Westdeutschland — wegen der kürzeren Studienzeiten die Hochschulen weit häufiger schon wieder verlassen. Infolge der höheren Geburtenrate in der ehemaligen DDR war der Unterschied zwischen starken und schwachen Jahrgängen hier ohnehin weniger ausgeprägt als in Westdeutschland, so daß die genannten Strukturzahlen nur bedingt vergleichbar sind. Deshalb wurde, um zu vergleichbaren Aussagen zu kommen, ergänzend die Bildungsbeteiligung errechnet.

Mit dem Indikator Bildungsbeteiligung wird der 'relative' Schulbesuch gemessen². Er lag 1987 bei den sechs- bis unter fünfzehnjährigen Schülern mit weit über 90 vH in beiden Staaten nahezu auf gleicher Höhe. Dagegen übertraf die Bildungsbeteiligung sowohl bei den Fünfzehn- bis unter Zwanzigjährigen als auch bei den Zwanzig- bis unter Fünfundzwanzigjährigen in der Bundesrepublik das Niveau der Vergleichsgruppen in Ostdeutschland erheb-

lich. Mit 81 zu 66 vH bestand bei den Jüngeren eine geringere Differenz als mit 26 zu 8 vH bei den Älteren (vgl. Tabelle 2).

In der Altersklasse der fünfzehn- bis unter zwanzigjährigen Schüler war die Differenz bei den allgemeinbildenden Schulen größer (38 zu 27 vH) als bei den beruflichen (42 zu 36 vH). In der DDR wirkte sich die zehnklassige polytechnische Oberschule bei den 15- bis 16jährigen in hoher Bildungsbeteiligung aus. Insgesamt waren in der Bundesrepublik aber die Anteile der Jugendlichen weit größer, die am Unterricht weiterführender Schulen teilnahmen. Zur höheren Quote trug auch die längere Schulzeit bei: An der erweiterten polytechnischen Oberschule wird das Abitur nach zwei Jahren abgelegt, in

¹ Zu den Bildungsstatistiken vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Allgemeines Schulwesen, Reihe 1; Berufliches Schulwesen, Reihe 2, und Studenten an Hochschulen, Reihe 4.1; Fachserie 11, lfd. Jahrgänge; ferner Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten 1989/90, Bonn 1989; Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 1989 der DDR und G. Winkler (Hrsg.): Sozialreport 1990, beide Berlin (Ost) 1990.

² Die Bildungsbeteiligung stellt den prozentualen Anteil der Schüler und Studenten an der Wohnbevölkerung in den jeweiligen Jahrgängen dar. Die Lehrlinge sind eingeschlossen, da sie gleichzeitig Berufsschüler sind.

Tabelle 1

Schüler und Studenten an Schulen und Hochschulen im Jahre 1988
in 1000 Personen und in vH

Schularten	Bundesrepublik Deutschland			Deutsche Demokratische Republik ¹⁾		
	in 1000 Personen	in vH	Frauenanteil	in 1000 Personen	in vH	Frauenanteil
Allgemeinbildende Schulen	6 641	62,6	48,8	2 055	78,5	48,8
Berufliche Schulen	2 502	23,6	47,0	451	17,2	51,2
davon						
Berufsschulen	1 674	15,8	44,2	359	13,7	43,6
Fachschulen	105	1,0	32,0	92	3,5	80,6
Sonstige Schulen	723	6,8	55,6	—	—	—
Hochschulen	1 465	13,8	38,2	111	4,3	51,0
davon						
Fachhochschulen	341	3,2	29,2	—	—	—
Hochschulen	1 124	10,6	40,9	111	4,3	51,0
Alle Schüler	9 143	86,2	48,3	2 506	95,7	49,2
Alle Studenten	1 465	13,8	38,2	111	4,3	51,0
Schüler und Studenten insgesamt	10 608	100,0	46,9	2 617	100,0	49,3

¹⁾ In der DDR nur Fach- und Hochschüler im Direktstudium. Ein Fern- oder Abendstudium absolvierten 65 257 Personen an den Fachschulen und 14 851 Personen an den Hochschulen. Allerdings sind bei diesen Angaben die im Ausland studierenden Bürger mitgezählt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik und eigene Berechnungen.

Tabelle 2

Bevölkerung, Schüler und Studenten nach Altersklassen sowie Schularten und Bildungsbeteiligung
in 1000 Personen und in vH

Alter von ... bis unter ... Jahre	1980	1987	Veränderung 1980 bis 1987	
	in 1000 Personen		in vH	
Bundesrepublik Deutschland				
6-15				
Bevölkerung	7 461	5 333	—2 128	—28,5
Allgemeinbildende Schulen	7 106	4 956	—2 150	—30,3
Bildungsbeteiligung in vH	95,2	92,9		
15-20				
Bevölkerung	5 275	4 404	—871	—16,5
Allgemeinbildende Schulen	1 947	1 687	—260	—13,4
Berufliche Schulen	2 272	1 863	—409	—18,0
Hochschulen	42	35	— 7	—16,7
Alle Schüler und Studenten	4 261	3 585	—676	—15,9
Bildungsbeteiligung in vH	80,8	81,4		
20-25				
Bevölkerung	4 755	5 341	586	12,3
Allgemeinbildende Schulen	58	50	— 8	—13,8
Berufliche Schulen	355	667	312	87,9
Hochschulen	560	655	95	17,0
Alle Schüler und Studenten	973	1 372	399	41,0
Bildungsbeteiligung in vH	20,5	25,7		
Schüler und Studenten insgesamt	12 833	10 739	—2 094	—16,3
Deutsche Demokratische Republik ¹⁾				
6-15				
Bevölkerung	1 979	1 853	—126	— 6,4
Allgemeinbildende Schulen ²⁾	1 878	1 758	—120	— 6,4
Bildungsbeteiligung in vH	94,9	94,9		
15-20				
Bevölkerung	1 423	1 124	—299	—21,0
Allgemeinbildende Schulen	451	305	—146	—32,4
Berufliche Schulen	524	408	—116	—22,1
Hochschulen	28	26	— 2	— 7,1
Alle Schüler und Studenten	1 003	739	—264	—26,3
Bildungsbeteiligung in vH	70,5	65,7		
20-25				
Bevölkerung	1 331	1 359	28	2,1
Allgemeinbildende Schulen	—	—		
Berufliche Schulen	20	36	16	80,0
Hochschulen	68	75	7	10,3
Alle Schüler und Studenten	88	111	23	26,1
Bildungsbeteiligung in vH	6,6	8,2		
Schüler und Studenten insgesamt	2 980	2 619	—361	—12,1

¹⁾ Bei den Fach- und Hochschulen nur Studenten im Direktstudium. — ²⁾ Einschließlich einer geringen Zahl Schüler in beruflichen Schulen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik und eigene Berechnungen.

der Sekundarstufe II nach drei Jahren. An den beruflichen Schulen bzw. bei der Ausbildungszeit der Lehrlinge beträgt die Differenz ebenfalls rund ein Jahr.

Bei den Zwanzig- bis unter Fünfundzwanzigjährigen waren die Unterschiede der Bildungsbeteiligung an den

Hochschulen (12 zu 5 vH) und an den beruflichen Schulen (12 zu 3 vH) fast gleich groß. Während in der Bundesrepublik etwa 24 vH eines Jahrgangs ein Studium begannen, waren es in der DDR nur 13 vH. Außerdem wirkte sich die längere Studiendauer im Westen aus. Sie kommt vor allem in der großen Anzahl der älteren Stu-

dentem — ab 25 Jahre — zum Ausdruck. Die statistischen Ergebnisse dürften allerdings überhöht sein (Scheinmatrikulation).

In Westdeutschland hält der Trend zu weiterführenden Schulen an. Da sich weder die Dauer des Schulbesuchs noch die der Lehrlingsausbildung verkürzt, wird die Bildungsbeteiligung in den Altersklassen der Fünfzehn- bis unter Zwanzigjährigen und der Zwanzig- bis unter Fünf- undzwanzigjährigen zumindest auf dem hohen Niveau bleiben, vermutlich noch etwas steigen. Im Gebiet der bisherigen DDR sind jetzt mit dem freien Zugang zur Oberstufe der allgemeinbildenden Schulen und nach dem Abitur zu den Hochschulen sowie mit der Übernahme des Berufsbildungsgesetzes, wodurch die Lehrzeit verlängert wird, die Voraussetzungen für eine höhere Bildungsbeteiligung geschaffen worden. Es wird aber noch einige Jahre dauern, bis in Ostdeutschland die Bildungsbeteiligung so hoch sein wird wie in Westdeutschland.

Allgemeinbildende Schulen: Entscheidungen über Schularten, Schuldauer und Lehrerqualifikation noch offen

Die neuen Bundesländer stehen vor der Aufgabe, im Bereich allgemeinbildender Schulen ein mehrgliedriges Schulsystem einzuführen und freie Schulträger zuzulassen. Die noch von der ehemaligen Regierung in Abstimmung mit der Bundesregierung und der Kultusministerkonferenz erlassenen Verordnungen werden spätestens Mitte 1991 ungültig. Die Entscheidung über Träger, Schularten und Bildungsgänge wird von den Parlamenten der neuen Bundesländer zu treffen sein; besondere Berücksichtigung verlangt die Festlegung auf die Anzahl der Schularten. In der DDR waren die meisten Schulen nur zweizügig³, deshalb wird mit Einführung eines mehrgliedrigen Schulsystems und des Kurssystems in der Sekundarstufe II ein höherer organisatorischer Aufwand bis hin zu Schülertransport und Schulgebäudeerweiterung notwendig. Zur Auswahl stehen ein dreigliedriges, aber auch ein viergliedriges Schulsystem, in dem die integrierte Gesamtschule im Wettbewerb mit den klassischen Schularten steht.

1988 waren an den allgemeinbildenden Schulen der Bundesrepublik 438 000 Vollzeitlehrer tätig, in der DDR gab es 167 000 vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte. Die Schüler-Lehrer-Relation war in der DDR mit 1:12 wesentlich günstiger als die mit 1:15 in der Bundesrepublik, ebenso die Zahl der Lehrer je Klasse mit 1,7 zu 1,4. Die Klassengrößen unterschieden sich mit 20,3 Schülern je Klasse im Osten und 21,3 Schülern je Klasse im Westen nur wenig. Bei allen drei Indikatoren waren die regionalen Streuungen im Gebiet der fünf neuen Bundesländer gering, in den alten Bundesländern recht groß. Lediglich Berlin (West) und Bremen kamen den Indikatoren in der DDR sehr nahe (vgl. Tabelle 3).

In den neuen Bundesländern werden Lehrer wohl kaum in größerer Zahl entlassen, nur weil sich die Unterrichtsinhalte ändern. Aus den alten Ländern der Bundesrepublik wäre die Personallücke jedenfalls nicht zu schließen, da dort inzwischen wieder mehr Lehrer eingestellt werden und der Lehrernachwuchs knapper wird. Insbesondere im Grundschulbereich werden die Lehrer in der ehemaligen DDR, die keine Ausbildung an einer wissenschaftlichen Hochschule erhielten, allerdings zusätzliche Qualifikationen erwerben müssen, um den Anforderungen der Schulreform zu genügen. Neue Fächer, wie west- und südeuropäische Sprachen, neue Curricula und andere Unterrichtsmethoden, wie eigenverantwortlicher, offener und projektbezogener Unterricht, verlangen umfangreiche Fortbildung. Selbst wenn diese Fortbildung teilweise in Abend- und Ferienkursen absolviert wird, werden aber Ermäßigungen bei der Pflichtstundenzahl zu Engpässen führen.

Das Abitur wurde an den allgemeinbildenden Schulen in der ehemaligen DDR nach zwölf Schuljahren erteilt, ein Jahr früher als in der Bundesrepublik. Denkbar ist, daß die Kultusministerien bei dieser Praxis bleiben. Mit dem gleichen Ziel laufen jedenfalls zur Zeit Schulversuche in süddeutschen Bundesländern. Hinzu kommt, daß in den neuen Bundesländern — zumindest kurzfristig — die sachlichen und personellen Kapazitäten für eine Verlängerung des Unterrichts an der Oberstufe fehlen und wegen des freien Zugangs mehr Schüler eines Jahrgangs das Abitur anstreben werden.

Auch in der DDR gab es Schulabgänger ohne Schulabschluß. Bisher konnten diese und die Schulabgänger mit dem Abschluß der 8. Klasse in einer um ein Jahr verlängerten beruflichen Ausbildung zugleich allgemeinbildende Inhalte nachholen. Mit der Übernahme des Berufsbildungsgesetzes gibt es zwar diese Möglichkeit nicht mehr, doch können nach dem Arbeitsförderungsgesetz ausbildungsbegleitende Hilfen gewährt werden. Auch ist bei Aufnahme einer Ausbildung im dualen System formal kein Schulabschluß erforderlich. Die bisherigen Erfahrungen in der Bundesrepublik zeigen, daß es häufig nicht gelang, diese Schüler mit Lehrstellen zu versorgen. Sie müßten zusätzlich schulisch und außerschulisch gefördert werden.

Berufliche Schulen: Schwierige Umstellung auf duale Ausbildung bei Lehrstellenmangel

Für die neuen Bundesländer ist mit dem Gesetz über Berufsschulen und der Übernahme des Berufsbildungsgesetzes zum 1. 9. 1990 die Entscheidung getroffen

³ Vier Fünftel der Schüler besuchten ein- und zweizügige Schulen. 1990 gab es 5 200 zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschulen, davon über 1000 einzügige auf dem Lande.

Tabelle 3

**Schüler, Lehrer¹⁾ und Klassen an allgemeinbildenden Schulen²⁾
nach Bundesländern und Bezirken im Jahre 1988
in 1000 Personen, 1000 Klassen und Betreuungsrelationen**

	in 1000 Personen und Klassen			in Personen		
	Schüler	Lehrer	Klassen	Schüler je Lehrer	je Klasse	Lehrer je Klasse
Bundesrepublik Deutschland						
Schleswig-Holstein	269,4	18,2	14,0	14,8	19,2	1,3
Hamburg	152,5	10,6	7,0	14,4	21,8	1,5
Niedersachsen	790,2	54,3	39,0	14,6	20,3	1,4
Bremen	65,3	5,1	3,2	12,8	20,4	1,6
Nordrhein-Westfalen	1 878,7	117,6	85,4	16,0	22,0	1,4
Hessen	578,9	36,3	26,9	15,9	21,5	1,3
Rheinland-Pfalz	380,7	24,3	17,7	15,7	21,5	1,4
Baden-Württemberg	1 019,7	71,0	49,7	14,4	20,5	1,4
Bayern	1 171,6	79,5	52,7	14,7	22,2	1,5
Saarland	101,5	7,0	5,2	14,5	19,5	1,3
Berlin (West)	187,7	14,5	8,7	12,9	21,6	1,7
Insgesamt	6 596,2	438,4	309,5	15,0	21,3	1,4
Deutsche Demokratische Republik³⁾						
Mecklenburg-Vorpommern ⁴⁾	290,8	23,4	14,0	12,4	20,8	1,7
Brandenburg ⁵⁾	348,3	28,7	17,2	12,1	20,3	1,7
Sachsen-Anhalt ⁶⁾	360,2	30,2	18,4	11,9	19,6	1,6
Sachsen ⁷⁾	586,4	45,7	28,4	12,8	20,6	1,6
Thüringen ⁸⁾	315,6	26,9	15,8	11,7	20,0	1,7
Berlin (Ost)	153,5	12,3	7,4	12,5	20,7	1,7
Insgesamt	2 054,8	167,2	101,2	12,3	20,3	1,7
¹⁾ In der Bundesrepublik Vollzeitlehrer, in der DDR vollbeschäftigte Lehrer. — ²⁾ In der DDR polytechnische Oberschulen, erweiterte polytechnische Oberschulen und Sonderschulen; in der Bundesrepublik alle allgemeinbildenden Schulen ohne Vorschulbereich und Abendschulen. — ³⁾ Die Bezirke in der DDR wurden so zusammengefaßt, daß sie im groben den neuen fünf Ländern entsprechen. — ⁴⁾ Neubrandenburg, Rostock und Schwerin. — ⁵⁾ Cottbus, Frankfurt und Potsdam. — ⁶⁾ Halle und Magdeburg. — ⁷⁾ Chemnitz, Dresden und Leipzig. — ⁸⁾ Erfurt, Gera und Suhl. <i>Quellen:</i> Statistisches Bundesamt, Sekretariat der Kultusministerkonferenz, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik und eigene Berechnungen.						

worden, die Lehrlingsausbildung vollständig in einem dualen System wie in Westdeutschland durchzuführen und die Ausbildungsinhalte anzugleichen. Nachdem die Berufslenkung abgeschafft wurde, bestimmen Angebot und Nachfrage von Ausbildungsplätzen, ob Jugendliche überhaupt einen bestimmten Beruf erlernen können und ob sie ihren „Wunschberuf“ finden. Dagegen besteht an den Berufsschulen Schulpflicht für alle Abgänger allgemeinbildender Schulen bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, wenn nicht vorher die Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen wird.

Während im Westen die Berufsschulen vom Staat getragen werden, war in der bisherigen DDR die zum Betrieb gehörige Berufsschule dominierend. Es bestanden nur etwa 240 kommunale Berufsschulen für ein Drittel der Auszubildenden. Dagegen wurden an etwa 720 Betriebsberufsschulen zwei Drittel der Lehrlinge ausgebildet, d.h.

das duale System getrennt verantworteter Lernorte gab es hier nicht. Die Betriebsberufsschulen gingen inzwischen per Gesetz in kommunale Trägerschaft über. Jedoch werden die Kommunen mittelfristig bei den vielen neuen Aufgaben und den geringen Einnahmen kaum die Mittel aufbringen können, sie zu betreiben und zu modernisieren. So wurden bis Juli dieses Jahres nach Angaben der Arbeitsverwaltung in sieben von fünfzehn Bezirken 11 betriebliche Schulen aufgelöst, 32 bereits anders genutzt, und für weitere 28 waren Anträge gestellt worden, sie zu schließen.

Nach den neuen gesetzlichen Grundlagen verlängert sich die Ausbildung in den meisten Berufen um ein Jahr. Obwohl in der DDR weitaus mehr Berufsbilder existierten, sind nur wenige nicht in westdeutsche Kategorien übertragbar. Allerdings besteht im Bereich der Dienstleistungsberufe — kaufmännischen, steuerberatenden und

Gesundheitsdienstberufen — und bei einem Teil der gewerblichen Berufe infolge der Einführung der Marktwirtschaft und der fortgeschrittenen technologischen Entwicklung im Westen ein Anpassungsbedarf bei den Ausbildungsinhalten. Dies erfordert auch die Weiterbildung der Ausbilder sowie der Lehrer und die Modernisierung der Ausbildungseinrichtungen, die über die Sofortprogramme von Bundesregierung und Ländern hinausgehen und erhebliche Vorleistungen seitens der Wirtschaft verlangen.

Die Lehrlingsausbildung war in der DDR auf die Erfordernisse von Großbetrieben und der Zentralverwaltung ausgerichtet; klein- und mittelbetriebliche Ausbildung war kaum vorhanden. Zwar werden gegenwärtig viele Betriebe gegründet, doch konnten nur wenige mit Produktion und Ausbildung beginnen. Außerdem befinden sich Kammern und freie Gewerkschaften erst im Aufbau und können die ihnen nach dem Gesetz obliegenden zentralen Aufgaben bei der Ausbildung noch nicht voll übernehmen. Obwohl überbetriebliche Ausbildungsstätten — in West-Ost-Kooperation — eingerichtet werden, wird das Lehrstellenangebot kleiner und mittlerer Betriebe vorerst nicht ausreichend sein, um die Arbeitslosigkeit unter den Auszubildenden deutlich zu vermindern.

Nach Angaben der Arbeitsverwaltung waren Anfang September 1990 noch 12 000 neue Bewerber unversorgt. Die Zahl der aufgelösten Lehrverträge stieg auf rund 14 000; zusammen sind das in diesem Jahr 17 vH der Schulabgänger. Bis zum 30.9. gelang es, die Zahl der registrierten unvermittelten Bewerber auf 3 200 zu senken. Viele Jugendliche sind offenbar auf freie Lehrstellen in Westdeutschland und Berlin (West) ausgewichen. Insgesamt bestand in Ostdeutschland eine Nachfrage nach 125 000 bis 140 000 Ausbildungsplätzen. Sie ist gegenwärtig wesentlich kleiner als noch vor wenigen Jahren und wird infolge kleiner Schulabgängerjahrgänge bis 1992 etwa gleich hoch bleiben.

Es wird schwierig sein, die bestehenden Ausbildungsverträge für die zur Zeit rund 300 000 Lehrlinge zu erhalten, da viele Betriebe infolge der wirtschaftlichen Umstellung vom Konkurs bzw. massiver Umstrukturierung bedroht sind. Aufgrund der längeren Ausbildungsdauer werden zusätzliche Kapazitäten erforderlich. Obwohl — wie geplant — durch die schulische Ausbildung in der Form eines Berufsvorbereitungs- und -grundbildungsjahres der Lehrstellenmarkt zeitweise entlastet werden kann, lassen sich fehlende Ausbildungsplätze nicht ersetzen. Bezieht man die am 30.9.1990 unversorgten Bewerber — einschließlich eines Drittels der Jugendlichen mit aufgelösten Verträgen — auf den Mittelwert der Nachfrage, dann blieb das Angebot um 6 vH unter der Nachfrage. Jedoch wäre ein erheblicher Angebotsüberschuß notwendig, um regional, beruflich und geschlechtsspezifisch die Berufswahl zu erleichtern. Gelingt es zukünftig

nicht, ein ausreichendes Angebot bereitzustellen, bleibt nur der Weg über staatliche Auflagen, überbetriebliche Ausbildung und Qualifizierungsmaßnahmen der Arbeitsverwaltung, um mehr Ausbildungsplätze einrichten zu können.

Bei den Fachschulen ist die Entwicklung noch weitgehend offen. Ein Teil der Einrichtungen wird infolge geänderter Ausbildungsgänge nicht mehr benötigt, zum Beispiel wird die Lehrerausbildung an die Hochschulen verlagert. Für die meisten Wirtschafts- und Verwaltungsschulen sind neue Bildungsgänge und Curricula notwendig. Einige Fachschulen werden auch zu Fachhochschulen ausgebaut werden, was insbesondere bei den Ingenieurschulen erhebliche Investitionen erfordert. Zur Zeit laufen an drei Fachschulen derartige Modellversuche.

Fazit

Die Reformen im Bildungssystem der ehemaligen DDR werden erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen erfordern, in Kooperation von Bund, Ländern und Gemeinden sowie mit den bestehenden Gremien. Mehr Jugendliche werden weiterführende allgemeinbildende Schulen sowie Hochschulen besuchen und länger beruflich ausgebildet werden. Ganz besonders wird es auf die Lehrer und Ausbilder ankommen, die sich fachlich weiterbilden, aber auch auf die neuen pädagogischen Anforderungen einstellen müssen.

Die begonnene Umgestaltung des Bildungswesens wird jedenfalls längere Zeit beanspruchen. Spielräume ergeben sich dadurch, daß das dezentralisierte Bildungssystem in der Bundesrepublik landesspezifische Schwerpunkte bei Unterrichtsinhalten, Schularten und Lehrerausbildung nicht ausschließt. Somit könnten beispielsweise die Berufsausbildung mit Abitur erhalten bleiben, weibliche Jugendliche wieder gefördert werden, technische Berufe zu erlernen, und mehr Ganztagschulen als in Westdeutschland angeboten werden.

Bei der beruflichen Bildung ist die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von qualifizierten Ausbildungsplätzen — vor allem in neuen Berufen — sowie die Modernisierung der Berufsschulen notwendig. Obwohl dies durch relativ kleine Abschlußjahrgänge bis 1992 erleichtert wird, kann eine ausreichende Zahl von Lehrstellen nur von der Wirtschaft angeboten werden. Staat und Bundesanstalt für Arbeit können zwar helfen, aber die Lücke nicht füllen. Auch die kommunalen Träger der Berufsschulen können nur erfolgreich sein, wenn sie von Bund und Ländern unterstützt werden. Ein rascher Ausbau der beruflichen Bildung ist angesichts der Gefahr einer weiteren Abwanderung junger Menschen in die alten Bundesländer besonders dringend.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 59. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 2-3/1989. 140 S. DM 78,—

Wirtschaftspolitische Strategien in den USA und in Großbritannien während der achtziger Jahre. Von *Manfred Teschner*. Probleme der Wirtschaftslenkung im marktwirtschaftlichen System der Bundesrepublik Deutschland. Von *Dieter Vesper*. Die wirtschaftliche Bedeutung eines Energieversorgungsunternehmens — unternehmensbezogenes Beispiel einer regionalen Input-Output-Analyse. Von *Urs Dolinski* und *Werner Münzenmaier*.

Arbeitnehmereinkommen in Berlin im interregionalen Vergleich — Eine Analyse für das Jahr 1986. Von *Rainer Pischner*.

Zu den Stabilitätseigenschaften ausgewählter ökonometrischer Schätzfunktionen — Zur Lohn- und Preisbildung innerhalb der DIW-Version des ökonometrischen Konjunkturmodells der Wirtschaftsforschungsinstitute und des disaggregierten ökonometrischen FIND-Modells des DIW. Von *Okita A'Walelu*, *Gustav-Adolf Horn* und *Rudolf Zwiener*.

Das Sozialversicherungsmodell des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Abstimmungsverfahrens der Bundesregierung. Von *Wolfgang Scholz*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 4/1989. 116 S. DM 74,—

Amtseinführung von Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Dr. Dieter Hiss

Dr. Peter Mitzscherling

Dr. Bernhard Molitor

Professor Dr. Frank Klanberg

Professor Dr. Lutz Hoffmann

Ausbildung an beruflichen Schulen von 1982 bis 2002 unter besonderer Berücksichtigung des Lehrerbedarfs. Von *Wolfgang Jeschek*.

Neuberechnung der DIW-Konsummatrizen unter besonderer Berücksichtigung des Einzelhandels. Von *Jochen Schmidt*.

Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland 1973, 1978 und 1983. Von *Eckart Bomsdorf*.

Die Vermögensausstattung der Armen — Theoretische Überlegungen und empirische Anhaltspunkte. Von *Heinrich Schlomann*.

Strukturpolitik und Intensivierung in der DDR am Beispiel der Energiepolitik. Von *Jochen Bethkenhagen*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 1/1990. 116 S. DM 74,—

Gedenkfeier für Ulrich von Hassel am 6. November 1989 im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Einführung von *Professor Dr. Lutz Hoffmann*.

Ulrich von Hassel — Ein Mann des Widerstands. Vortrag von *Professor Dr. Gregor Schöllgen*.

Staatliche Aufgaben im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel — Erfahrungen und Perspektiven. Von *Dieter Vesper*.

Unternehmensfinanzierung im Strukturwandel. Von *Heiner Flassbeck* und *Horst Tomann*.

Gesamtwirtschaftliche Effekte von Wechselkursänderungen — Analyse anhand eines ökonometrischen Konjunkturmodells für die Bundesrepublik Deutschland. Von *Rudolf Zwiener*.

Die Wirtschaft der DDR in der Honecker-Ära. Von *Doris Cornelsen*.

Die wirtschaftswissenschaftliche DDR-Forschung in der Sowjetunion. Von *Ulrich Weißenburger*.

Beschäftigungswirkungen der Entwicklungshilfe im Geberland: Eine vergleichende Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien. Von *Dieter Schumacher*, *Mohammed H. Malek* und *Ronald S. May*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr.125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr.126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr.127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr.128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr.129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr.130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr.131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.
- Nr.132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger — dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes.** Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr.133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Casser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.
- Nr.134 **Lohnentwicklung und Lohnpolitik als Bestimmungsgründe konjunktureller Verläufe und struktureller Verschiebungen.** Von Hans-Peter Basler. 102 S. 1981. DM 44,80.
- Nr.135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr.136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr.137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr.138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr.139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr.140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr.141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr.142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.
- Nr.143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. DM 56,—.
- Nr.144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. DM 54,—.
- Nr.145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. DM 82,60.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Bildungswesen in Ostdeutschland im Übergang. Bearbeitet von Wolfgang Jeschek.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten